

02.06.95

In - Fz

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1995 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995 - BBVAnpG 95)

A. Zielsetzung

Unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses für den Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes vom 3. Mai 1995

1. Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (§ 14 BBesG/§ 70 BeamtVG).
2. Verlängerung der Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen aus Anlaß der Herstellung der Einheit Deutschlands.
3. Dauerhafte Sicherung qualifizierten Personals bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität.

B. Lösung

1. Zum 1. Mai 1995 werden die Bezüge linear um 3,2 vom Hundert angehoben; für den Monat April 1995 wird eine Einmalzahlung in Höhe von 140 Deutsche Mark gewährt.

Fristablauf: 14.07.95

2. Die Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen aus Anlaß der Herstellung der Einheit Deutschlands werden bis zum 31. Dezember 1996 verlängert (§ 73 BBesG, § 107 a BeamtVG, § 92 a SVG).
3. Einführung einer Stellenzulage für Verwendungen bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Bahn und Post) werden im Jahre 1995 Mehrkosten in Höhe von 671,36 Millionen DM entstehen.

Neben den Ländern und Gemeinden werden auch das Bundeseisenbahnvermögen und die Postunternehmen mit Mehrkosten belastet.

Bundesrat

Drucksache **314/95**

02.06.95

In - Fz

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1995 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995 - BBVAnpG 95)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 2. Juni 1995

031 (132) - 225 00 - Bu 121/95

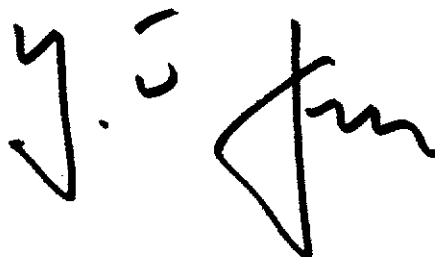
An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von
Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und
Ländern 1995 (Bundesbesoldungs- und -versor-
gungsanpassungsgesetz 1995 - BBVAnpG 95)

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.



Fristablauf: 14.07.95

**Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1995
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995 - BBVAnpG 95)**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Teil 1

Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

Artikel 1

Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1994 (BGBl. I S.2646, 3134, 3367), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

Die Anlagen IV bis VII, VIII und IX werden durch die Anlagen 1 bis 3i, 4 und 5 dieses Gesetzes ersetzt.

Artikel 2

Anpassung von Bezügen

Abschnitt 1

Prozentuale Anpassung

§ 1

Fortgeltende landesrechtliche Vorschriften

(1) Um 3,2 vom Hundert werden erhöht die

1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
 - b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
 - c) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,
2.
 - a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkungen Nummern 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
 - b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,
3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen, Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht. Dies gilt auch für die Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 2

Versorgungsbezüge

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 1 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 5 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(6) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Zulage nach den Nummern 8, 8a, 8b, 9, 10, 12 oder 27 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B oder nach Nummer 2 b der Vorbemerkungen zu der Bundesbesoldungsordnung C oder nach Nummer 1 a der Vorbemerkungen zu der Bundesbesoldungsordnung R des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Zulagen in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Fassung der Anlage 5 dieses Gesetzes.

(7) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, werden um 3,1 vom Hundert ab 1. Mai 1995 erhöht. Entsprechendes gilt für Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, wie auch für den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967).

(8) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt um den Betrag von 81,16 Deutsche Mark, wenn ihren Versorgungsbezügen die Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a oder b zu den Besoldungsordnungen A und B nicht zugrundeliegt.

Abschnitt 2 Einmalige Zahlung

§ 3 Empfänger von Dienstbezügen

(1) Eine einmalige Zahlung in Höhe von 140 Deutsche Mark erhalten die am 1. April 1995 vorhandenen Empfänger von Dienstbezügen. Werden Dienstbezüge anteilig oder nach einem besonderen Bemessungssatz gewährt, gilt dies entsprechend für die einmalige Zahlung.

(2) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, sind die §§ 7, 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend anzuwenden.

(3) Absatz 1 Satz 1 gilt für Empfänger von Amtsbezügen oder Amtsgehalt entsprechend.

§ 4 Versorgungsempfänger

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten die am 1. April 1995 vorhandenen Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltssatz und den Anteilsätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 140 Deutsche Mark ergibt. Satz 1 gilt sinngemäß für die in § 2 Abs. 4 genannten Versorgungsempfänger. § 3 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des § 2 Abs. 7 erhalten

84 Deutsche Mark, Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen 50,40 Deutsche Mark, Empfänger von Vollwaisengeld 16,80 Deutsche Mark und Empfänger von Halbwaisengeld 10,08 Deutsche Mark.

(3) Zu den laufenden Versorgungsbezügen im Sinne der Absätze 1 und 2 gehören auch der Ausgleich und der Mindestbelassungsbetrag nach Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 3 und Artikel 3 § 3 Abs. 2 bis 4 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes. Bei Empfängern von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz; Absatz 2 ist im Falle der Gewährung von Mindestversorgung nicht anzuwenden. Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge oder Amtsgehalt zugrundeliegen. Empfänger von Ausgleichsbezügen nach § 11a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Soldatenversorgungsgesetzes erhalten die einmalige Zahlung nach § 3 dieses Gesetzes.

§ 5 Zahlung

(1) Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt. Sie bleibt bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt. Bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend.

(2) Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor. Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor. Beim Zusammentreffen von Ruhegehalt mit Hinterbliebenenversorgung bemisst sich die einmalige Zahlung nach dem Ruhegehalt.

(3) Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung finden keine Anwendung.

(4) Im Sinne der Absätze 1 bis 3 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 7 des Bundesbesoldungsgesetzes, § 53 Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechende Vorschriften) der einmaligen Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

Artikel 3

Anpassung der Erschwerniszulagen und der Mehrarbeitsvergütung

- (1) Die Sätze der Erschwerniszulagen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 19a der Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 519), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. August 1994 (BGBl. I S. 2229, 2440), werden um 3,2 vom Hundert erhöht und auf volle Pfennige aufgerundet.
- (2) Die Sätze der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 528), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 24. August 1994 (BGBl. I S. 2229, 2440), werden um 3,2 vom Hundert erhöht und auf volle Pfennige aufgerundet.
- (3) Das Bundesministerium des Innern kann die sich nach den Absätzen 1 und 2 ergebenden neuen Sätze im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Teil 2

Sonstige Änderungen besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Artikel 4

Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der in Artikel 1 bezeichneten Fassung wird wie folgt geändert:

1. In § 72 wird Satz 6 aufgehoben.
2. In § 73 Satz 1 wird das Datum "31. Dezember 1995" durch das Datum "31. Dezember 1996" ersetzt.
3. In Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B) wird die Vorbemerkung Nummer 8 d wie folgt neu gefaßt:

"8 d. Stellenzulage bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität

(1) Beamte, die bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität oder der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin verwendet werden, erhalten eine Stellenzulage nach Anlage IX. Sie wird nicht neben einer pauschalierten Aufwandsentschädigung gewährt.

(2) Durch die Stellenzulage werden die mit dem Dienst allgemein verbundenen Erschwernisse und Aufwendungen mit abgegolten."

4. In Anlage III (Bundesbesoldungsordnung R) wird nach der Vorbemerkung Nummer 4 die folgende Nummer 5 eingefügt:

"5. Stellenzulage bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität

Richter und Staatsanwälte, die bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität oder der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin verwendet werden, erhalten eine Stellenzulage nach Anlage IX. Sie wird nicht neben einer pauschalierten Aufwandsentschädigung gewährt."

Artikel 5

Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung

In § 13 des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung in der Fassung des Artikels VI Nr. 2 des Gesetzes vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Februar 1992 (BGBl. I S. 226) geändert worden ist, wird nach Absatz 2 folgender Absatz 3 angefügt:

"(3) In den Jahren 1995 und 1996 gilt bei Anwendung der §§ 6, 7, 9 und 12 ein besonderer Bemessungsfaktor. Er wird vom Bundesministerium des Innern als Vorphundertatz festgesetzt und nach dem Verhältnis errechnet, das zwischen den Bezügen, die regelmäßig angepaßt werden, im Dezember 1993 und jeweils im Dezem-

ber 1995 und 1996 besteht. Der Bemessungsfaktor ist auch maßgebend für Bezüge, die nicht regelmäßig angepaßt werden. Die bei der Anwendung von Ruhensvorschriften maßgebenden Höchstgrenzen werden im Monat Dezember bei der Gewährung der Zuwendung nicht verdoppelt, sondern dem für diesen Monat zustehenden Höchstgrenzenbetrag wird ein unter Anwendung des Bemessungsfaktors berechneter Höchstgrenzenbetrag hinzuaddiert. Die im Monat Dezember des jeweiligen Kalenderjahres maßgebenden persönlichen Verhältnisse sind zu berücksichtigen."

Artikel 6

Artikel 4 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1994 vom 23. August 1994 (BGBl. I S. 2229, 2440) wird aufgehoben.

Artikel 7

Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

In § 107 a Abs. 1 Satz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3858), das zuletzt durch geändert worden ist, wird das Datum "31. Dezember 1995" durch das Datum "31. Dezember 1996" ersetzt.

Artikel 8

Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

In § 92 a Satz 1 des Soldatenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 1995 (BGBl. I S. 50), das zuletzt durch geändert worden ist, wird das Datum "31. Dezember 1995" durch das Datum "31. Dezember 1996" ersetzt.

Artikel 9

Änderung der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung

In § 3 Abs. 3 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 778, 1035), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 24. August 1994 (BGBl. I S. 2229, 2440) geändert worden ist, wird Satz 2 wie folgt gefaßt:

"Abweichend von § 2 Abs. 1 sind bei der Bemessung des Grundbetrages im Kalenderjahr 1995 82 vom Hundert der für das bisherige Bundesgebiet im Dezember geltenden Dienstbezüge zugrunde zu legen."

Teil 3
Übergangs- und Schlußvorschriften

Artikel 10
Neufassungen

Das Bundesministerium des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes und den Wortlaut der in diesem Gesetz geänderten Verordnungen in der Fassung, die am ersten Tage des auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats gilt, im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 11
Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 3 und Artikel 9 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigung durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 12
Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1995 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten in Kraft:

1. mit Wirkung vom 1. April 1995 **Artikel 1**, soweit die Anlage VIII des Bundesbesoldungsgesetzes durch die Anlage 4 dieses Gesetzes ersetzt wird.
2. mit Wirkung vom 1. Januar 1995 **Artikel 5, 6 und 9**;
3. ab 1. Januar 1996 **Artikel 4 Nummer 3 und 4**.

Gültig ab 1. Mai 1995

Anlage IV des BBesG)
(Anlage IV des BBesG)Grundgehaltsätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besol- dungs- gruppe	Ortszu- schlag	tarif- gruppe	Dienstaltersstufe														
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
A 1			1512,39	1564,72	1617,05	1669,38	1721,71	1774,04	1826,37	1878,70							
A 2			1642,91	1694,85	1746,79	1798,73	1850,67	1902,61	1954,55	2006,49							
A 3			1747,57	1802,83	1858,09	1913,35	1968,61	2023,87	2079,13	2134,39							
A 4			1806,98	1872,03	1937,08	2002,13	2067,18	2132,23	2197,28	2262,33							
A 5		II	1828,58	1897,35	1966,12	2034,89	2103,66	2172,43	2241,20	2309,97	2378,74						
A 6			1892,34	1966,03	2039,72	2113,41	2187,10	2260,79	2334,48	2408,17	2481,86	2555,55					
A 7			2013,53	2088,04	2162,55	2237,06	2311,57	2386,08	2460,59	2535,10	2609,61	2684,12	2758,63	2833,14			
A 8			2104,78	2193,90	2283,02	2372,14	2461,26	2550,38	2639,50	2728,62	2817,74	2906,86	2995,98	3085,10	3174,22		
A 9			2261,12	2345,24	2432,91	2521,26	2611,27	2709,35	2807,43	2905,51	3003,59	3101,67	3199,75	3297,83	3395,91		
A 10			2475,98	2597,84	2719,70	2841,56	2963,42	3085,28	3207,14	3329,00	3450,86	3572,72	3694,58	3816,44	3938,30		
A 11		Ic	2884,47	3009,34	3134,21	3259,08	3383,95	3508,82	3633,69	3758,56	3883,43	4008,30	4133,17	4258,04	4382,91	4507,78	
A 12			3141,96	3290,83	3439,70	3588,57	3737,44	3886,31	4035,18	4184,05	4332,92	4481,79	4630,66	4779,53	4928,40	5077,27	
A 13			3559,58	3720,34	3881,10	4041,86	4202,62	4363,38	4524,14	4684,90	4845,66	5006,42	5167,18	5327,94	5488,70	5649,46	
A 14			3663,92	3872,39	4080,86	4289,33	4497,80	4706,27	4914,74	5123,21	5331,68	5540,15	5748,62	5957,09	6165,56	6374,03	
A 15		Ib	4131,07	4360,27	4589,47	4818,67	5047,87	5277,07	5506,27	5735,47	5964,67	6193,87	6423,07	6652,27	6881,47	7110,67	7339,87
A 16			4591,56	4856,64	5121,72	5386,80	5651,88	5916,96	6182,04	6447,12	6712,20	6977,28	7242,36	7507,44	7772,52	8037,60	8302,68

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)
2. Bundesbesoldungsordnung B
Besoldungs- Ortszuschlag
gruppe Tariffklasse

B 1		7339,87
B 2	Ib	8705,14
B 3		9107,57
B 4		9712,92
B 5		10407,39
B 6		11063,24
B 7	Ia	11701,19
B 8		12366,14
B 9		13191,76
B10		15755,55
B11		17201,45

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

3. Bundesbesoldungsordnung C

Ortszu- Besol- schlag- dungs- tarif- gruppe klasse	Dienstaltersstufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3559,58	3720,34	3881,10	4041,86	4202,62	4363,38	4524,14	4684,90	4845,66	5006,42	5167,18	5327,94	5488,70	5649,46	
C 2	3569,60	3825,80	4082,00	4338,20	4594,40	4850,60	5106,80	5363,00	5619,20	5875,40	6131,60	6387,80	6644,00	6900,20	7156,40
C 3	4033,87	4323,96	4614,05	4904,14	5194,23	5484,32	5774,41	6064,50	6354,59	6644,68	6934,77	7224,86	7514,95	7805,04	8095,13
C 4	5224,06	5515,67	5807,28	6098,89	6390,50	6682,11	6973,72	7265,33	7556,94	7848,55	8140,16	8431,77	8723,38	9014,99	9306,60

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Ortszuschlag (Monatsbeträge in DM)		
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
Ia	B3 bis B11 C4 R3 bis R10	1122,16	1301,18	1454,35
Ib	B1 und B2 A13 bis A16 C1 bis C3 R1 und R2	946,64	1125,66	1278,83
IC	A9 bis A12	841,29	1020,31	1173,48
II	A1 bis A8	792,51	962,97	1116,14

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 153,17 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag der Stufe 3 für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A1 bis A5 um je 10 DM, ab Stufe 4 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A1 bis A5 um je 50 DM, in Besoldungsgruppe A4 um je 40 DM und in Besoldungsgruppe A5 um je 30 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2 Satz 1: Tarifklasse IC 673,04 DM
Tarifklasse II 634,01 DM

Gültig ab 1. Mai 1995

Anlage 3a
(Anlage Via des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs.2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	1525	1799	2078	2354	2633	2910	3186	3465	3739	4018	4294	4571
A 9.....	1792	2089	2386	2683	2983	3280	3579	3876	4173	4470	4767	5064
A 10.....	2024	2335	2643	2954	3262	3573	3881	4190	4498	4806	5117	5425
A 11.....	2203	2526	2848	3171	3494	3816	4139	4461	4784	5106	5429	5751
A 12.....	2452	2794	3136	3478	3820	4162	4504	4846	5188	5530	5873	6215
A 13.....	2696	3052	3407	3763	4118	4473	4829	5184	5540	5895	6251	6606
A 14.....	2946	3314	3681	4049	4417	4785	5152	5520	5888	6256	6623	6991
A 15.....	3290	3688	4085	4483	4880	5278	5675	6073	6470	6868	7265	7663
A 16 bis B 2.....	3477	3894	4312	4729	5146	5564	5981	6399	6816	7234	7651	8068
B 3 und B 4.....	3477	3909	4346	4783	5220	5658	6095	6532	6969	7407	7844	8281
B 5 bis B 7.....	3830	4314	4798	5283	5767	6252	6736	7220	7705	8189	8673	9158
B 8 und höher.....	4102	4649	5196	5743	6290	6837	7384	7931	8478	9025	9572	10119

Anlage 3b
(Anlage VIb des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs.3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	1296	1529	1766	2001	2238	2474	2708	2945	3178	3415	3650	3885
A 9.....	1523	1776	2028	2281	2536	2788	3042	3295	3547	3800	4052	4304
A 10.....	1720	1985	2247	2511	2773	3037	3299	3562	3823	4085	4349	4611
A 11.....	1873	2147	2421	2695	2970	3244	3518	3792	4066	4340	4615	4888
A 12.....	2084	2375	2666	2956	3247	3538	3828	4119	4410	4701	4992	5283
A 13.....	2282	2594	2896	3199	3500	3802	4105	4406	4709	5011	5313	5615
A 14.....	2504	2817	3129	3442	3754	4067	4379	4692	5005	5318	5630	5942
A 15.....	2797	3135	3472	3811	4148	4486	4824	5162	5500	5838	6175	6514
A 16 bis B 2.....	2855	3310	3665	4020	4374	4729	5084	5439	5794	6149	6503	6858
B 3 und B 4.....	2955	3323	3694	4066	4437	4809	5181	5552	5924	6296	6667	7039
B 5 bis B 7.....	3256	3667	4078	4491	4902	5314	5726	6137	6549	6961	7372	7784
B 8 und höher.....	3487	3952	4417	4882	5347	5811	6276	6741	7206	7671	8136	8601

Anlage 3c
(Anlage V/c des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	1068	1259	1455	1648	1843	2037	2230	2426	2617	2813	3006	3200
A 9.....	1254	1462	1670	1878	2088	2296	2505	2713	2921	3129	3337	3545
A 10.....	1417	1635	1850	2068	2283	2501	2717	2933	3149	3364	3582	3798
A 11.....	1542	1768	1994	2220	2446	2671	2897	3123	3349	3574	3800	4026
A 12.....	1716	1958	2195	2435	2674	2913	3153	3392	3632	3871	4111	4351
A 13.....	1887	2136	2385	2634	2883	3131	3380	3629	3878	4127	4376	4624
A 14.....	2062	2320	2577	2834	3092	3350	3608	3864	4122	4379	4636	4894
A 15.....	2303	2582	2860	3138	3416	3695	3973	4251	4529	4808	5086	5364
A 16 bis B 2.....	2434	2728	3018	3310	3602	3895	4187	4479	4771	5064	5356	5648
B 3 und B 4.....	2434	2736	3042	3348	3654	3961	4267	4572	4878	5185	5491	5797
B 5 bis B 7.....	2681	3020	3359	3698	4037	4376	4715	5054	5394	5732	6071	6411
B 8 und höher.....	2871	3254	3637	4020	4403	4786	5169	5552	5935	6318	6700	7083

Anlage 3d
(Anlage VId des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs.4)
> Unterkunft und Verpflegung <
(Monatsbeträge in DM)

Gültig ab 1. Mai 1995

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	747	882	1018	1153	1290	1426	1561	1698	1832	1969	2104	2240
A 9.....	878	1024	1169	1315	1462	1607	1754	1899	2045	2190	2336	2481
A 10.....	992	1144	1295	1447	1598	1751	1902	2053	2204	2355	2507	2658
A 11.....	1079	1238	1396	1554	1712	1870	2028	2186	2344	2502	2660	2818
A 12.....	1201	1369	1537	1704	1872	2039	2207	2375	2542	2710	2878	3045
A 13.....	1321	1495	1669	1844	2018	2192	2366	2540	2715	2889	3063	3237
A 14.....	1444	1624	1804	1984	2164	2345	2524	2705	2885	3065	3245	3426
A 15.....	1612	1807	2002	2197	2391	2586	2781	2978	3170	3365	3560	3755
A 16 bis B 2.....	1704	1908	2113	2317	2522	2726	2931	3136	3340	3545	3749	3953
B 3 und B 4.....	1704	1915	2130	2344	2558	2772	2987	3201	3415	3629	3844	4058
B 5 bis B 7.....	1877	2114	2351	2589	2826	3063	3301	3538	3775	4013	4250	4487
B 8 und höher.....	2010	2278	2546	2814	3082	3350	3618	3886	4154	4422	4690	4958

Gültig ab 1. Mai 1995

Anlage 3e
(Anlage Vle des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
> Unterkunft oder Verpflegung <
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	907	1070	1236	1401	1567	1731	1896	2062	2225	2391	2555	2720
A 9.....	1066	1243	1420	1596	1775	1952	2130	2306	2483	2660	2836	3013
A 10.....	1204	1389	1573	1758	1941	2126	2309	2493	2676	2860	3045	3228
A 11.....	1311	1503	1695	1887	2079	2271	2463	2654	2846	3038	3230	3422
A 12.....	1459	1662	1866	2069	2273	2476	2680	2883	3087	3290	3494	3698
A 13.....	1604	1816	2027	2239	2450	2661	2873	3084	3296	3508	3719	3931
A 14.....	1753	1972	2190	2409	2628	2847	3065	3284	3503	3722	3941	4160
A 15.....	1958	2194	2431	2667	2904	3140	3377	3613	3850	4086	4323	4559
A 16 bis B 2.....	2069	2317	2566	2814	3062	3311	3559	3807	4056	4304	4552	4800
B 3 und B 4.....	2069	2326	2586	2846	3106	3367	3627	3887	4147	4407	4667	4927
B 5 bis B 7.....	2279	2567	2855	3143	3431	3720	4008	4296	4584	4872	5160	5449
B 8 und höher.....	2441	2766	3092	3417	3743	4068	4393	4719	5044	5370	5695	6021

Anlage 3f
(Anlage Vff des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	1688	1975	2280	2547	2829	3116	3401	3688	3973	4257	4542	4829
A 9.....	1978	2283	2591	2896	3202	3507	3812	4120	4425	4730	5038	5343
A 10.....	2237	2556	2873	3189	3506	3825	4141	4458	4777	5093	5410	5729
A 11.....	2435	2768	3101	3434	3767	4100	4432	4765	5098	5431	5764	6096
A 12.....	2708	3059	3410	3762	4113	4464	4816	5167	5518	5869	6221	6572
A 13.....	2978	3345	3711	4078	4445	4811	5178	5545	5912	6278	6645	7012
A 14.....	3252	3631	4010	4389	4768	5147	5526	5905	6284	6663	7042	7422
A 15.....	3635	4047	4459	4871	5283	5695	6107	6519	6931	7342	7754	8166
A 16 bis B 2.....	3855	4287	4719	5151	5582	6014	6446	6878	7309	7741	8173	8605
B 3 und B 4.....	3856	4310	4784	5217	5671	6125	6578	7032	7485	7939	8393	8846
B 5 bis B 7.....	4299	4797	5296	5795	6294	6792	7291	7790	8288	8787	9286	9785
B 8 und höher.....	4637	5200	5763	6327	6890	7453	8017	8580	9143	9707		

Gültig ab 1. Mai 1995

Anlage 3g
(Anlage Vlg des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	1450	1689	1933	2174	2416	2660	2899	3143	3387	3626	3870	4109
A 9.....	1693	1952	2216	2475	2734	2993	3252	3511	3770	4031	4290	4549
A 10.....	1916	2189	2459	2732	3002	3272	3543	3813	4086	4356	4626	4899
A 11.....	2089	2373	2656	2940	3223	3507	3790	4074	4357	4641	4924	5208
A 12.....	2325	2622	2920	3218	3516	3814	4112	4410	4708	5006	5303	5601
A 13.....	2559	2870	3181	3492	3804	4115	4426	4737	5049	5360	5671	5982
A 14.....	2791	3112	3434	3755	4077	4398	4720	5041	5363	5685	6006	6328
A 15.....	3122	3471	3820	4169	4519	4868	5217	5566	5916	6265	6614	6963
A 16 bis B 2.....	3312	3678	4044	4410	4776	5142	5508	5875	6241	6607	6973	7339
B 3 und B 4.....	3319	3704	4089	4474	4859	5244	5629	6014	6399	6784	7169	7554
B 5 bis B 7.....	3702	4128	4550	4974	5398	5821	6245	6669	7093	7517	7941	8365
B 8 und höher.....	3998	4476	4955	5433	5912	6390	6868	7347	7825	8304		

Anlage 3h
(Anlage VII des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	1214	1415	1611	1812	2010	2208	2407	2605	2806	3004	3203	3401
A 9.....	1420	1635	1850	2062	2279	2494	2709	2926	3141	3356	3573	3788
A 10.....	1606	1827	2048	2269	2490	2711	2934	3155	3376	3597	3818	4039
A 11.....	1749	1984	2218	2452	2686	2920	3155	3389	3623	3857	4091	4326
A 12.....	1944	2191	2438	2684	2931	3177	3424	3670	3917	4163	4410	4656
A 13.....	2141	2395	2650	2905	3160	3414	3669	3924	4179	4433	4688	4943
A 14.....	2338	2602	2866	3130	3394	3658	3922	4186	4450	4714	4978	5242
A 15.....	2614	2903	3192	3480	3769	4057	4346	4635	4923	5212	5501	5789
A 16 bis B 2.....	2775	3078	3380	3683	3985	4288	4591	4893	5196	5498	5801	6103
B 3 und B 4.....	2783	3101	3418	3736	4053	4370	4688	5005	5323	5640	5958	6275
B 5 bis B 7.....	3111	3459	3807	4155	4504	4852	5200	5548	5896	6244	6593	6941
B 8 und höher.....	3364	3759	4155	4551	4946	5342	5738	6133	6529	6925		

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandskindierzuschlag (§ 56)
 (Monatsbeträge in DM je Kind)

Anlage 3i
 (Anlage VII des BBesG)

Besoldungs- gruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	Stufe des Auslandszuschlags												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16; B 1 bis B 11	220	253	285	317	349	382	414	446	478	511	543	575	220
Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.													

Anlage 4
(Anlage VIII des BBesG)

Gültig ab 1. April 1995

Eingangsort, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Anwärterverheiratetenzuschlag (Monatsbeträge in DM)		Verheiratetenzuschlag	
	Anwärtergrundbetrag vor Voll- endung des 26. Lebens- jahres	Anwärtergrundbetrag nach Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach \$62 Abs. 1	nach \$62 Abs. 2
A 1 bis A 4.....	1308	1433	341	114
A 5 bis A 8.....	1508	1676	395	114
A 9 bis A 11.....	1595	1788	456	114
A 12.....	1828	2034	481	114
A 13.....	1880	2097	497	114
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbe- merkungen zu den Bundesbesoldungsordnun- gen A und B) oder R1.....	1935	2166	514	114

Anlage 5
(Anlage IX des BBesG)

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz	
§44	bis zu 200,00
§48 Abs. 2	bis zu 100,00
§78	bis zu 150,00
§80a (weggefallen)	
Bundesbesoldungsordnungen A und B	
Vorbemerkungen	
Nummer 2 Abs. 2	250,00
Nummer 4	100,00
Nummer 4a	150,00
Nummer 5	
Die Zulage beträgt für Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A5 und A6	
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A7 bis A9	70,00
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	100,00
	150,00

Betrag in Deutscher Mark,
Vomhundert, Bruchteil

Dem Grunde nach geregelt in

Nr. 5a	Buchstabe a	180,000,000
Absatz 1	Buchstabe b	130,000,000
	Buchstabe c	430,000,000
Absatz 2	Nr. 1 Buchstabe a	220,000,000
	Nr. 2 Buchstabe a	280,000,000
	Nr. 3 Buchstabe b	130,000,000
	Nr. 4 und 5 Buchstabe a	120,000,000
	Nr. 6 Buchstabe a	220,000,000
	Nr. 7 Buchstabe a	220,000,000
	Nr. 8 Buchstabe a	250,000,000
	Nr. 9 Buchstabe b	120,000,000
Nr. 6	Abs. 1 Buchstabe a	300,000,000
	Buchstabe b	720,000,000
	Buchstabe c	576,000,000
Nr. 6a		200,000,000

12,5 v. H. des Endgrundgehalts
oder bei festem Gehalts-
des Grundgehalts der Besol-
dungsgruppe*)

- A1 bis A5
- A6 bis A9
- A10 bis A13
- A14, A15, B1
- A16, B2 bis B4
- B5 bis B7
- B8 bis B10
- B11

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 §5 des Haushaltsstrukturgesetzes
vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

Dem Grunde nach geregelt in
Betrag in Deutscher Mark,
Vomhundert, Bruchteil

Nummer 8 Abs. 1 Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen A1 bis A5 A6 bis A9 A10 bis A13 A14 und höher		242,29 333,13 423,99 514,84
für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes des gehobenen Dienstes des höheren Dienstes		181,72 242,29 302,85
Nummer 8a Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen A1 bis A5 A6 bis A9 A10 bis A13 A14 und höher		133,27 181,72 224,11 266,52
für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes des gehobenen Dienstes des höheren Dienstes		96,93 127,21 157,50
Nummer 8b Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen A1 bis A5 A6 bis A9 A10 bis A13 A14 und höher		218,07 278,62 363,42 448,21
für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes des gehobenen Dienstes des höheren Dienstes		163,55 218,07 272,57
Nummer 8c Die Zulage beträgt für die Beamten des einfachen Dienstes des mittleren Dienstes des gehobenen Dienstes des höheren Dienstes		100,00 150,00 220,00 300,00
Nummer 8d *) Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen A2 bis A9 A10 bis A12 A13 und höher		300,00 350,00 400,00

*) Gültig ab 1. Januar 1996

Betrag in Deutscher Mark,
Vomhundert, Bruchteil

Dem Grunde nach geregelt in

Numer 9 Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr von zwei Jahren	121,15 242,30
Numer 9a Absatz 1 Buchstabe a Buchstabe b Buchstabe c Absatz 2 Buchstabe a Buchstabe b	200,00 400,00 300,00 80,00 100,00
Numer 10 Abs. 1 Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr von zwei Jahren	121,15 242,30
Numer 11	181,72
Numer 12	150,00
Numer 13a	359,85
Numer 19 Satz 1	301,89
Numer 21	20,00
Numer 23 Absatz 1 Absatz 2	45,00
Numer 24 Die Zulage beträgt für Beamte des mittleren Dienstes / für Unteroffiziere des gehobenen Dienstes / für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A12	20,00 45,00 75,00
Numer 25	
Numer 26 Absatz 1 Die Zulage beträgt für Beamte des mittleren Dienstes des gehobenen Dienstes	33,34 75,00

1/12 des Grundgehalts und des Ortszuschlags *)

bis zu

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 §5 des Haushaltsstrukturgesetzes
vom 18. Dezember 1975 (BGBL. I S. 3091)

Betrag in Deutscher Mark,
Vomhundert, Bruchteil

Dem Grunde nach geregelt in

Bundesbesoldungsordnung C
Vorbemerkungen

Nummer 2b Buchstabe a
Buchstabe b

Nummer 3
Die Zulage beträgt

für Beamte der Besoldungsgruppe C1
für Beamte der Besoldungsgruppe C2
für Beamte der Besoldungsgruppen C3 und C4

Nummer 5
Wenn ein Amt ausgeübt wird
der Besoldungsgruppe R1
der Besoldungsgruppe R2

Besoldungsgruppe
C2

Fußnote
1

12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder,
bei festen Gehältern, des Grund-
gehalts der Besoldungsgruppe *)

A13
A15
B3

402,00
450,00

204,04

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 §§ des Haushaltsstrukturgesetzes
vom 18. Dezember 1975 (BGBL. I S. 3091)

193,84
72,71

Dem Grunde nach geregelt in
Bundesbesoldungsordnung R
Vorbemerkungen

Betrag in Deutscher Mark,
Vomhundert, Bruchteil

72,71

12 5 v.H. des Endgrundgehalts oder,
bei festen Gehältern, des Grund-
gehalts der Besoldungsgruppe *)

a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des
Bundes für, die Richter und Staatsanwälte der
Besoldungsgruppe(n)

R1
R2 bis R4
R5 bis R7
R8 bis R10

b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der
Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder
bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen
kein Richteramt übertragen ist, für die Richter
und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)

R1
R2 bis R4
R5 bis R7
R8 bis R10

75,00

400,00

Nummer 4

*)

Nummer 5

Besoldungsgruppen	Fußnote	
R1	1,2	298,45
R2	3, bis 8,10	298,45
R3	3	298,45
R8	2	596,76

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 §5 des Haushaltsstrukturgesetzes
vom 18. Dezember 1975 (BGBL. I S. 3091)

**) Gültig ab 1. Januar 1996

Begründung

I. Allgemeines

Der Gesetzentwurf sieht eine Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge im Hinblick auf die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (vgl. § 14 BBesG/§ 70 BeamtVG) um 3,2 vom Hundert ab dem 1. Mai 1995 sowie für den Monat April 1995 eine einmalige Zahlung in Höhe von 140 DM vor. Der Geltungsbereich erstreckt sich auf Bund und Länder.

Teil 1 des Gesetzentwurfs übernimmt zeitgleich die allgemeine Vergütungserhöhung für den Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes (Tarifergebnis vom 3. Mai 1995) mit dem gleichen Vorhundertersatz.

Teil 2 des Gesetzentwurfs enthält eine weitere Übertragung des Tarifergebnisses, ebenso die Verlängerung von Ermächtigungsgrundlagen zum Erlaß von Rechtsverordnungen aus Anlaß der Herstellung der Einheit Deutschlands, eine dringend erforderliche Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes sowie eine Klarstellung im Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung.

Die im Hinblick auf den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. März 1990 - 2 BvL 1/86 - zur amtsangemessenen Alimentation von Beamten mit drei und mehr Kindern gebotene Erhöhung des Ortszuschlags ab dem 3. Kind konnte mit diesem Gesetzentwurf noch nicht umgesetzt werden. Eine Anhebung der kinderbezogenen Besoldungsbestandteile steht in engem Zusammenhang mit der Neuordnung des Familienleistungsausgleich, dessen endgültige Ausgestaltung erst feststehen muß.

Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates (Artikel 74 a Abs. 2 GG).

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Teil 1

Anpassung von Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

Zu Artikel 1

(Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes)

Die lineare Erhöhung wird durch Austausch der Anlagen IV bis VII, VIII und IX des Bundesbesoldungsgesetzes vollzogen. Die Grundgehaltssätze und die Sätze des Ortszuschlags (Anlagen IV und V des Bundesbesoldungsgesetzes) sowie die Amtszulagen der Beamten, Richter und Soldaten werden ab 1. Mai 1995 um 3,2 vom Hundert angehoben. Wie in den vergangenen Jahren sind in die Linearanpassung auch die allgemeine Stellenzulage (Vorbem. Nr. 27 zu den BBesO A und B, Nr. 2b zur BBesO C sowie Nr. 1a zur BBesO R), die Sicherheitszulagen (Vorbem. Nr. 8, 8a und 8b), die Polizeizulage (Vorbem. Nr. 9), die Feuerwehrezulage (Vorbem. Nr. 10) und die Zulage für Beamte bei Justizvollzugseinrichtungen und psychiatrischen Krankenanstalten (Vorbem. Nr. 12) einbezogen.

Die maßgebenden neuen Grundgehaltssätze und die neuen Ortszuschläge ergeben sich aus den Anlagen 1 und 2 des Gesetzentwurfs.

Die neuen Sätze der Amtszulagen sind aus der Anlage 5 des Gesetzentwurfs ersichtlich; die Sätze der übrigen Zulagen in Anlage 5 - ausgenommen die Zulagen nach den Vorbemerkungen Nr. 8, 8a, 8b, 9, 10, 12 und 27 zu den BBesO A und B, Nr. 2b zur BBesO C sowie Nr. 1a zur BBesO R - werden nicht angepaßt.

Die Tabellen des Auslandszuschlags der Anlage 3 a bis 3 h und der Auslandskinderzuschlag (Anlage 3 i) des Gesetzentwurfs sind ebenfalls angepaßt. Wie in den zurückliegenden Jahren wird dem Umstand Rechnung getragen, daß der Auslandszuschlag auch immaterielle Belastungen abgilt. Die Anpassung ist daher niedriger als für die Inlandsdienstbezüge. Künftig wird für alle Besoldungsgruppen ein einheitlicher Minderungssatz verwendet (Harmonisierung). In den niedrigeren Besoldungsgruppen wurde ein Nachteilsausgleich vorgenommen.

Die Anwärterbezüge werden einheitlich um 3,2 vom Hundert ab 1. April 1995 angehoben (Anlage 4 des Gesetzentwurfs); die Anwärter erhalten keine einmalige Zahlung entsprechend der Regelung im Tarifbereich für Auszubildende.

Zu Artikel 2

(Anpassung von Bezügen)

Zu Abschnitt 1

(Prozentuale Anpassung)

Zu § 1

(Fortgeltende landesrechtliche Vorschriften)

Bei den in Absatz 1 genannten Besoldungsbestandteilen und bei weiteren fortgeltenden landesrechtlichen Vorschriften (Absatz 2) bedarf es einer Erstreckung der Anpassung auf diese Regelungen, wie sie den Anlagen 1 und 5 des Gesetzentwurfs zugrunde liegt. Mit erfaßt sind Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen in Regelungen für den Kommunalbereich. In Absatz 3 werden die Berechnungs- und Rundungsgrundsätze für die in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen festgelegt.

Zu § 2

(Versorgungsbezüge)

Die Vorschrift enthält die Anpassung der Versorgungsbezüge entsprechend den Regelungen in Artikel 1 und Artikel 2 § 1 des Gesetzentwurfs. Die unter Absatz 7 fallenden Versorgungsbezüge werden um den durchschnittlichen Vomhundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge angehoben.

Zu Abschnitt 2

(Einmalige Zahlung)

Die Empfänger von Dienstbezügen sollen dem Tarifiergebnis entsprechend eine die lineare Anpassung der Dienstbezüge ergänzende einmalige Zahlung erhalten. Den Empfängern von laufenden Versorgungsbezügen soll die einmalige Zahlung entsprechend den Grundsätzen des Versorgungsrechts anteilig gezahlt werden.

Zu § 3

(Empfänger von Dienstbezügen)

Absatz 1 regelt den Empfängerkreis, die Voraussetzungen und die Höhe der einmaligen Zahlung. Satz 2 stellt sicher, daß bei Zahlung anteiliger Dienstbezüge unabhängig von dem Grund auch die einmalige Zahlung entsprechend nur anteilig erfolgt, so z.B. durch entsprechende Anwendung des § 6 BBesG bei Teilzeitbeschäftigung auf die Höhe der Einmalzahlung, ebenso wie der besondere Bemessungssatz

des § 2 Abs. 1 Satz 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung (2. BesÜV). Absatz 2 regelt die Anwendung der Vorschriften über den Kaufkraftausgleich auf die einmalige Zahlung.

Zu § 4

(Versorgungsempfänger)

Absatz 1 regelt die anteilige Weitergabe der einmaligen Zahlung an Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen. Die Höhe der einmaligen Zahlung richtet sich nach dem jeweiligen Ruhegehaltssatz. Nach Satz 3 findet die Regelung des § 3 Abs. 1 Satz 2 für Empfänger von Versorgungsbezügen gemäß § 2 Nr. 2 der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung in der Fassung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 369) entsprechend Anwendung.

Für den in Absatz 2 genannten Personenkreis mußte eine pauschalierende Regelung vorgesehen werden, da eine Anknüpfung an einen Ruhegehaltssatz hier nicht in Betracht kommt.

Absatz 3 stellt klar, daß für Empfänger von Mindestversorgung der jeweilige Mindestruhegehaltssatz maßgeblich ist. Er regelt außerdem den Anspruch auf die einmalige Zahlung für ehemalige Soldaten auf Zeit, die Ausgleichsbezüge nach § 11 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Soldatenversorgungsgesetzes erhalten.

Zu § 5

(Zahlung)

Die Vorschrift enthält Konkurrenzvorschriften, durch die sichergestellt werden soll, daß die einmalige Zahlung jedem Berechtigten nur einmal gewährt wird. Darüber hinaus wird durch Absatz 1 Satz 2 klargestellt, daß die einmalige Zahlung bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt bleibt, z.B. weder auf Ausgleichszulagen oder -beträge angerechnet wird noch in die Bemessungsgrundlage von Sterbegeld und Witwenabfindung eingeht.

Zu Artikel 3

(Erschwerniszulagen und Mehrarbeitsvergütung)

Übertragung des Tarifiergebnisses auf vergleichbare Besoldungsleistungen. Die neuen Sätze werden vom Bundesministerium des Innern im Bundesgesetzblatt bekanntgemacht.

Teil 2

Sonstige Änderungen besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Zu Artikel 4

(Änderungen des Bundesbesoldungsgesetz)

Zu Nr. 1

Mit der Übertragung des Tarifiergebnisses können Sonderzuschläge über den 31. Dezember 1995 ermöglicht werden.

Zu Nr. 2

§ 73 ermächtigt die Bundesregierung, durch Rechtsverordnungen besoldungsrechtliche Übergangsregelungen für das in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet zu erlassen (Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung - 2. BesÜV -). Diese Ermächtigungsgrundlage ist bis zum 31. Dezember 1995 befristet. Gemäß § 2 Abs. 1 der 2. BesÜV beträgt der Bemessungssatz seit dem 1. Oktober 1994 82 vom Hundert, ab dem 1. Oktober 1995 84 vom Hundert der für das bisherige Bundesgebiet geltenden Dienstbezüge.

Eine Verlängerung der in § 73 normierten Ermächtigungsgrundlage bis zum 31. Dezember 1996 ist erforderlich, um zukünftige Erhöhungen des Bemessungssatzes für Arbeitnehmer durch Verordnungsänderung auch auf die Besoldungsempfänger übertragen zu können.

Zu Nr. 3

Die Zentrale Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) und die Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin leisten einen gesellschaftspolitisch notwendigen Beitrag zur Vollendung der inneren Einheit Deutschlands. Für diese Aufgabe muß ausreichendes und fachlich geeignetes Personal zur Verfügung stehen.

Das Bundeskabinett hat deshalb am 19. Juli 1994 beschlossen, für Bundesbedienstete, die aus dem bisherigen Bundesgebiet zur ZERV oder zur Arbeitsgruppe Regierungskriminalität abgeordnet sind, die pauschalisierte Aufwandsentschädigung zu gewähren. Um die Aufgabenerfüllung auch künftig - und zwar unabhängig von der bis zum 31. Dezember 1995 befristeten pauschalisierten Aufwandsentschädigung - zu gewährleisten, soll stattdessen eine nichtruhegehaltfähige Stellenzulage an die dort verwendeten Beamten gezahlt werden. Dies entspricht auch dem Wunsch der Länder, die sich mit Beschlüssen der Innenministerkonferenz, Finanzministerkonferenz und der Justizministerkonferenz für eine entsprechende gesetzliche Regelung aus-

gesprochen haben. Die Beträge sind in die durch Artikel 1 dieses Gesetzes geänderte Anlage IX aufgenommen. Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen

A 2 bis A 9	300 DM
A 10 bis A 12	350 DM
A 13 und höher	400 DM.

Durch Satz 2 ist sichergestellt, daß keine Doppelzahlung neben einer pauschalierten Aufwandsentschädigung erfolgt.

Zu Nr. 4

Die Vorschrift entspricht der in Nr. 3 für Beamte getroffenen Regelung. Die bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin verwendeten Richter und Staatsanwälte erhalten hiernach eine Stellenzulage in Höhe von 400 DM.

Zu Artikel 5

(Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung)

Mit Artikel 4 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1994 vom 23. August 1994 (BGBl. I S. 2229) ist die jährliche Sonderzuwendung entsprechend den im Tarifbereich geltenden Regelungen eingefroren worden. Bei der erstmaligen Umsetzung im Dezember 1994 ist es zu Programmier- und Rechenaufwand gekommen, der mit der Klarstellung künftig vermieden werden kann. Die materielle Regelung wird in das Sonderzuwendungsgesetz eingestellt, und das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, den Bemessungsfaktor als Vomhundertsatz - wie im Tarifbereich - festzusetzen.

Zu Artikel 6

Folgeänderung zu Artikel 5.

Zu Artikel 7

(Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes)

Die Begründung zu Artikel 4 Nr. 2 gilt entsprechend auch für die Bemessung der Versorgungsbezüge nach der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung.

Zu Artikel 8

(Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes)

Die Begründung zu Artikel 4 Nr. 2 gilt entsprechend auch für die Bemessung der Versorgungsbezüge nach der Soldatenversorgungs-Übergangsverordnung - SVÜV - in der Fassung vom 24. März 1993 (BGBl. I S. 378).

Zu Artikel 9

Folgeänderung zu Artikel 5 und 6.

Zu Artikel 10

Bekanntmachungsermächtigung

Zu Artikel 11

Die Vorschrift regelt die Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang.

Zu Artikel 12

Inkrafttretensregelung

III. Stellungnahme der Gewerkschaften im Rahmen des Beteiligungsverfahrens

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften (Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Richterbund e.V., Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen, Christlicher Gewerkschaftsbund und Deutscher Bundeswehrverband e.V.) begrüßen die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes auf den Besoldungs- und Versorgungsbereich.

IV. Kosten

Der Gesetzentwurf führt im Jahre 1995 zu nachstehenden Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte (einschl. neue Bundesländer):

1.	<u>Bundeshaushalt</u>	<u>Mio DM</u>	
1.1	Obergruppe 42		
	- Einmalzahlung April	46,13	
	- Besoldungsanpassung ab 1. Mai 1995 (Jahresbetrag 1996 - ohne Sonderzuwendung)	389,02	(584,34)
	- Stellenzulage ZERV (ab 1996)	(0,40)	
1.2	Obergruppe 43		
	- Einmalzahlung April	24,38	
	- Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1995 (Jahresbetrag 1996 - ohne Sonderzuwendung)	211,83	(317,74)
2.	<u>Auswirkungen auf andere öffentliche Haushalte (zum Teil geschätzt)</u>		
		<u>Besoldung/</u>	<u>Versorgung</u>
		<u>Millionen DM</u>	
2.1	Länder und Stadtstaaten		
	- Einmalzahlung April	147,97	37,38
	- Besoldungs- und Versorgungs- anpassung ab 1. Mai 1995 (Jahresbetrag 1996 - ohne Sonderzuwendung)	1.598,89 (2.400,88)	454,30 (681,45)
	- Stellenzulage ZERV (ab 1996)	(1,70)	--

2.2 ... Gemeinden und Gemeindeverbände (Gebietskörperschaften)

- Einmalzahlung April	23,09	8,39
- Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1995	204,04	91,08
(Jahresbetrag 1996 - ohne Sonderzuwendung)	(306,22)	(136,62)

2.3 Sonstige (Sozialversicherungsträger usw. im Bundes- und Länderbereich)

- Einmalzahlung April	3,36	0,83
- Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1995	36,35	10,14
(Jahresbetrag 1996 - ohne Sonderzuwendung)	(54,53)	(15,21)

3. Auswirkungen auf privatisierte Bereiche (zum Teil geschätzt)

Besoldung / Versorgung
Millionen DM

3.1 Bundeseisenbahnvermögen

- Einmalzahlung April	15,62	19,37
- Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1995	121,62	137,02
(Jahresbetrag 1996 - ohne Sonderzuwendung)	(182,43)	(205,53)

3.2 Postunternehmen

- Einmalzahlung April	39,72	15,50
- Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1995	285,36	122,96
(Jahresbetrag 1996 - ohne Sonderzuwendung)	(428,04)	(184,44)

314/95

- 41 -

4. <u>Gesamtkosten des Gesetzentwurfs</u>	<u>Mio DM</u>
a) Einmalzahlung April für Besoldungs- und Versorgungsempfänger	381,74
b) Besoldungsanpassung ab 1. Mai 1995 (Jahresbetrag 1996 - ohne Sonderzuwendung)	2.635,28 (3.956,44)
c) Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1995 (Jahresbetrag 1996 - ohne Sonderzuwendung)	1.027,33 (1.540,99)
d) Gesamtkosten in 1995 (Summe a) - c)) (Jahresbetrag 1996 - ohne Sonderzuwendung)	4.044,35 (5.497,43)
<u>nachrichtlich:</u> Stellenzulage ZERV ab 1996	 (2,10)

Die vorgesehenen Einkommensverbesserungen werden keine wesentlichen Änderungen von Angebots- und Nachfragestrukturen zur Folge haben, so daß Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten sind.

Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht benötigt.

14.07.95**Stellungnahme
des Bundesrates**

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1995 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995 - BBVAnpG 95)

Der Bundesrat hat in seiner 687. Sitzung am 14. Juli 1995 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Zu Artikel 2 §§ 3 und 4

Artikel 2 ist wie folgt zu ändern:

a) § 3 erhält folgende Fassung:

"§ 3

Empfänger von Dienstbezügen

(1) Eine einmalige Zahlung in Höhe von 140 Deutsche Mark erhalten die am 1. April 1995 vorhandenen Beamten, Richter und Soldaten in einem Rechtsverhältnis mit Anspruch auf Dienstbezüge, die mindestens für einen Teil des Monats April 1995 Dienstbezüge erhalten. Satz 1 gilt entsprechend, wenn ein Rechtsverhältnis mit Anspruch auf Dienstbezüge am 3. April 1995 begründet wurde.

(2) Werden Dienstbezüge anteilig oder nach einem besonderen Bemessungssatz gewährt, gilt dies entsprechend für die einmalige Zahlung.

(3) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, sind die §§ 7 und 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend anzuwenden.

(4) Maßgebend für die Fälle der Absätze 2 und 3 sind die Verhältnisse am 1. April 1995 oder am 3. April 1995 (Absatz 1 Satz 2). Soweit ein Anspruch auf Dienstbezüge später entstanden ist, sind die Verhältnisse am Tag der Entstehung des Anspruchs maßgebend.

(5) Eine einmalige Zahlung steht nicht zu, wenn der Empfänger von Dienstbezügen vor dem 1. Mai 1995 auf Antrag oder aus seinem Verschulden aus dem öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 7 Bundesbesoldungsgesetz) ausscheidet. Dem öffentlichen Dienst im Sinne des Satzes 1 steht der Dienst bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihren Verbänden gleich.

(6) Absatz 1 Satz 1 gilt für Empfänger von Amtsbezügen oder Amtsgehalt entsprechend."

- b) In § 4 Abs. 1 letzter Satz ist das Zitat "Abs. 1 Satz 2" durch das Zitat "Abs. 2" zu ersetzen.

Begründung:

Anpassung der Regelungen für die einmalige Zahlung an die nach der Beschlußfassung durch die Bundesregierung erfolgten Änderungen der Regelungen für die einmalige Zahlung im Tarifbereich.

2. Zu Artikel 4 Nr. 2a - neu, 3 und 4, Artikel 12 Abs. 2 Nr. 3 und Anlage 5

a) Artikel 4 ist wie folgt zu ändern:

aa) Nach Nummer 2 ist folgende neue Nummer 2a einzufügen:

'2a. Nach § 77 wird folgender § 77 a eingefügt:

"§ 77 a

Einmalzahlung bei der Zentralen Ermittlungsstelle
für die Bekämpfung der Regierungs- und
Vereinigungskriminalität
und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität

(1) Beamte und Richter, denen in der Zeit vom 1. Januar 1996 bis 31. Dezember 2003 für mindestens ein Jahr im Wege der Abordnung von einem Dienstort außerhalb von Berlin eine Tätigkeit bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität oder der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin übertragen wird, erhalten für jeweils sechs Monate der Tätigkeit eine Einmalzahlung; sie beträgt bei Beamten des mittleren und des gehobenen Dienstes 2 000 Deutsche Mark und bei Beamten des höheren Dienstes und Richtern 2 500 Deutsche Mark.

(2) Für vor dem 1. Januar 1996 wirksame Abordnungen entsprechend Absatz 1 wird für die auf die Zeit nach dem 31. Dezember 1995 entfallende Dauer der Tätigkeit eine zeitanteilige Einmalzahlung entsprechend Absatz 1 gewährt; Teile eines Monats sind auf einen vollen Monat umzurechnen.

(3) Die Einmalzahlung wird im voraus gewährt; eine pauschalisierte Aufwandsentschädigung wird neben der Einmalzahlung nicht gewährt.

(4) Die Einmalzahlung ist in voller Höhe zurückzuzahlen, wenn der Beamte oder Richter vor Ablauf des Verpflichtungszeitraumes aus der Verwendung ausscheidet; dies gilt nicht, wenn die Abordnung wegen Dienstunfähigkeit oder durch Tod endet. Von der Rückforderung kann im Einvernehmen mit der obersten Dienstbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn die Abordnung aus zwingenden dienstlichen oder persönlichen Gründen aufgehoben worden ist.

(5) Die anspruchsbegründenden Regelungen des Absatzes 1 gelten bis zum 31. Dezember 2003."

bb) In Nummer 3 erhält in Anlage I die Vorbemerkung Nummer 8 d folgende Fassung:

"8 d. Stellenzulage bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität

(1) Beamte, die bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität oder der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin verwendet werden, erhalten bis zum 31. Dezember 2003 eine Stellenzulage nach Anlage IX.

(2) Durch die Stellenzulage werden die mit dem Dienst allgemein verbundenen Erschwernisse und Aufwendungen mit abgegolten; eine pauschalierte Aufwandsentschädigung wird neben der Stellenzulage nicht gewährt."

cc) In Nummer 4 erhält in Anlage III die Vorbemerkung Nummer 5 folgende Fassung:

"5. Stellenzulage bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität

Richter und Staatsanwälte, die bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität oder der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin verwendet werden, erhalten bis zum 31. Dezember 2003 eine Stellenzulage nach Anlage IX. Eine pauschalierte Aufwandsentschädigung wird neben der Stellenzulage nicht gewährt."

b) In Artikel 12 Abs. 2 Nr. 3 ist nach dem Wort "Nummer" die Angabe "2 a," einzufügen.

- c) In Anlage 5 ist in Abschnitt "Bundesbesoldungsordnungen A und B, Vorbemerkungen" bei Nummer 8 d der Betrag "300,00" durch den Betrag "200,00" und der Betrag "350,00" durch den Betrag "300,00" zu ersetzen.

Begründung:

Entsprechend dem übereinstimmenden Votum der Innen-, Justiz- und Finanzminister soll für die Gewinnung ausreichenden und geeigneten Personals für die Zentrale Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität wegen der Einzigartigkeit der Verhältnisse neben einer nichtruhegehaltfähigen Stellenzulage (vgl. Artikel 4 Nr. 3 und 4) zusätzlich eine Einmalzahlung (mit evtl. Wiederholung) gewährt werden unter der Auflage, für einen bestimmten Mindestzeitraum bei diesen Einrichtungen tätig zu sein. Eine pauschalisierte Aufwandsentschädigung soll daneben nicht gewährt werden.

Mit der neuen Nummer 2 a (§ 77 a BBesG) soll die Regelung für eine solche Einmalzahlung bei längerfristigen Abordnungen von außerhalb von Berlin getroffen werden; sie soll - wie die im Gesetzentwurf für diesen Bereich enthaltene Regelung für eine Stellenzulage - zum 1. Januar 1996 in Kraft treten. Für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens laufenden Abordnungen soll eine zeitanteilige Prämie gewährt werden. Die Regelung soll bis zum 31. Dezember 2003, d.h. bis zum Ende der Laufzeit der Vereinbarung der Länder für diese Einrichtungen, befristet werden.

Die Regelungen für Stellenzulagen bei Verwendung bei den vorgenannten Einrichtungen (vgl. Artikel 4 Nr. 3 und 4) sollen ebenfalls bis zum 31. Dezember 2003 befristet werden. Eine pauschalisierte Aufwandsentschädigung soll neben der Stellenzulage (ggf. in Verbindung mit der Einmalzahlung) nicht gewährt werden, weil die mit dem Dienst allgemein verbundenen Aufwendungen und Erschwernisse mit der Stellenzulage abgegolten sein sollen. Die Stellenzulagen bis zur Besoldungsgruppe A 12 müssen im Vergleich zur Stellenzulage ab A 13 im Hinblick auf die wesentlich niedrigeren Anforderungen im Amt deutlicher abgestuft werden.